

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltbl.) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

36. Jahrgang.

Nr. 114.

Donnerstag, den 26. September

1889.

Bekanntmachung.

Zur Verhütung des Mißbrauchs der den Bewohnern des Grenzbezirks nach der Anmerkung zu Nr. 25 q. 2 des deutschen Zolltarifs eingeräumten Begünstigung der zollfreien Einfuhr von Mehl und Brod in Mengen von nicht mehr als 3 kg hat das königliche Finanz-Ministerium angeordnet, daß von den Einbringern solcher zollfreier Mehl- und Brodmengen ortsbehördliche, für jeden Haushalt nur in einem Exemplar zu ertheilende Bescheinigungen ihrer Zugehörigkeit zum Grenzbezirk erfordert und auf diesen Menge und Datum der Einfuhr vermerkt werden.

Diese Anordnung tritt mit dem 1. October dieses Jahres in Kraft.

Gleichzeitig wird daran erinnert, daß alle Mehl- und Brod-Transporte, für welche auf Grund der angezogenen Tarifbestimmung die Zollfreiheit in Anspruch genommen wird, auf einer Zollstraße vom Auslande einzuführen und dem betreffenden Grenzzollamte innerhalb der festgesetzten Geschäftsstunden anzumelden sind. Hierbei ist dem Letzteren die oben erwähnte Bescheinigung vorzulegen.

Zu widerhandlungen gegen obige Anordnung oder gegen die vorstehend eingehendsten Vorschriften werden unnachlässiglich mit den gesetzlichen Strafen gehandelt werden.

Eibenstock, am 21. September 1889.

Königliches Haupt-Zoll-Amt.

3. V.: Härtig, Obersteuerinspelter.

In das Musterregister ist eingetragen:

Nr. 205, Firma: Meinelt & Kessler in Eibenstock,
ein versiegeltes Couvert, Serie VI, angeblich enthaltend: 37 Stück Abbildungen für Besätze, Fabriknummern: 3856 bis mit 3892, Flächenenerzeugnisse, Schutzfrist 3 Jahre, angemeldet am 20. September 1889, Vormittags 1/11 Uhr.
Eibenstock, am 23. September 1889.

Königliches Amtsgericht.

Besätze.

Lhr.

Bekanntmachung.

Im Anschluß an die durch den Stadtrath hier erlassene Bekanntmachung, einige gesetzliche Vorschriften über das stille Begräbniß betr., sieht sich der unterz. Kirchenvorstand veranlaßt, die diesbezüglichen Bestimmungen der hiesigen Begräbnißordnung hierüber andurch zur Nachachtung in Erinnerung zu bringen:

§ 13.

„Im Falle der betreffende Verstorbene einer ansteckenden Krankheit erlegen ist, hat zuvörderst die Einsenkung und Einsegnung und alsdann erst in der Parentationshalle nach Befinden die Gedächtnisrede mit den übrigen Feierlichkeiten stattzufinden.“

Eibenstock, den 25. September 1889.

Der Kirchenvorstand.
Böttich, P.

Die Wahlen in Frankreich.

Man darf wohl sagen, daß die allgemeinen Wahlen in Frankreich abgelaufen sind, wie das Hornberger Schießen: Zwar haben die Republikaner gesiegt, aber ihr Sieg ist nicht bedeutend. Man hatte zuvor auf beiden Seiten den Mund gewaltig vollgenommen. Boulanger hatte der Republik den Untergang durch die Wahlen prophezeit, Minister Constans dagegen bestimmt auf einen großen Sieg der Republikaner gerechnet. Keins von beiden hat sich bewahrheitet. Es wurden am Sonntag von den zu wählenden 576 Abgeordneten gewählt: 224 Republikaner (167 Gemäßigte, 57 Radikale) und 159 Anti-Republikaner (86 Orleanisten, 51 Bonapartisten, 22 Boulangeristen); 177 Stichwahlen sind nothwendig geworden und aus einigen überseeischen Kolonien stehen die Berichte noch aus. Vom Ausfall der am Sonntag über acht Tage stattfindenden Stichwahlen wird im wesentlichen die Gestaltung der neuen Deputirtenkammer abhängen.

Wie diese Stichwahlen aber auch ausfallen mögen, so viel steht jetzt schon fest, daß die Republikaner in einer beträchtlichen Mehrheit, die vereinigte Opposition in der Minderheit bleiben werden; es bleibt mithin alles beim alten. Wären die Republikaner einig oder würden sie ihre Zwistigkeiten unter sich abmachen, dann bliebe der gesammten Opposition nur die wohlthätige Rolle des Salzes übrig, welches die staatlichen Verhältnisse gegen die Verbumpfung schützt. Aber die Republikaner sind nicht einig. Clemenceau hat schon in seinen Wahlreden angekündigt, daß er nur zu Wahlzwecken mit den Gemäßigten Hand in Hand geht, nach den Wahlen aber wieder fest auf seinem radikalen Programm bestehen will.

Hieraus ergibt sich, daß der jeweiligen Regierung stets Schwierigkeiten entstehen werden, wie dies schon seit vielen Jahren der Fall ist; die Opposition stimmt gegen jede republikanische Regierung; sowie es also einer der republikanischen Gruppen genehm ist, ein Ministerium zu stürzen, kann sie ihren Willen durchsetzen, weil die „Rechte“ dafür jederzeit mit all' ihren Stimmen zu haben ist.

Die Neuwahlen haben also die Republik weder schwer erschüttert, noch erheblich befestigt. Die Republik bleibt, aber auch die Unsicherheit der inneren Verhältnisse, der ewig drohende Minister- u. Systemwechsel. Der Boulangerismus als solcher aber ist bei den Wahlen gänzlich unter die Räder gekommen. Alle Interessenten hat Boulanger auf den Ausfall der Wahlen vertröstet: Diese letzteren haben ihn nur in 22 von 576 Kreisen Siege gebracht — das ist ein viel zu geringfügiges Ergebnis im Vergleich zu den Unsummen, die der Boulangerismus seinen Hintermännern kostet.

Den französischen Republikanern ist durch die Wahlen eine neue 4jährige Frist gegeben worden, um

ihre Republik so auszubauen, daß sie den Franzosen selber wohllicher erscheint. Denn was viele der Wähler abgehalten haben mag, der Verlockung gegen die Republik zu stimmen Folge zu geben, ist wohl die Ueberzeugung, daß die erkennbaren Uebel leichter zu ertragen sind, als die noch unbekannteren, zu denen man möglicherweise nach dem Sturze der Republik gelangen könnte. Von der Klugheit und dem Patriotismus der Republikaner wird es also abhängen, ob die Republik von neuem inneren Stürmen ausgefegt werden wird, oder ob sich die innere Lage so weit befestigt, daß die Republik endlich als gesicherte Staatsform Frankreichs betrachtet werden kann.

Noch auf eins mag hier besonders hingewiesen werden als auf einen Beweis, daß in Frankreich meistens das Unwahrscheinliche Ereigniß wird. Das gegenwärtige Ministerium Tirard-Constans wurde bei seiner Bildung allgemein als ein Verlegenheits-Kabinet bezeichnet. Es hat sich aber als das thatkräftigste und klügste aller bisherigen Ministerien der Republik erwiesen. Rücksichtslos ist es dem Boulangerismus zu Leibe gegangen, hat die Hauptverführer zu Verbrechen gestempelt, deren Wählbarkeit zu nichte gemacht und selbst den Ruf „Hoch Boulanger!“ als einen staatsverrätherischen behandelt. Auf die Wahlen hat es einen enormen Druck ausgeübt — und diese Energie scheint den Franzosen imponirt zu haben. Es wäre ein sicheres Kennzeichen für die Klugheit der Majorität der neuen Kammer, wenn sie diesem Ministerium keinen Knüttel zwischen die Beine werfen würde.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die „Berl. Vörs.-Ztg.“ meldet: Der Kaiser von Rußland wird nach den abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Hofe in Berlin nunmehr bestimmt acht Tage nach Rückkehr des Kaiserpaars vom Besuche der großherzoglich mecklenburgischen Familie in Schwerin auf die Dauer von drei Tagen in Berlin eintreffen. Diese Nachricht ist offiziell. Für die Zeit der Anwesenheit des Kaisers und der Kaiserin in Schwerin, wohin die Fahrt am 1. October erfolgt, haben auch der russische Botschafter in Berlin Graf Schuwalow und Gemahlin eine Einladung vom Großherzog und der Großherzogin von Mecklenburg, welche letztere bekanntlich eine Tochter des russischen Großfürsten Michael Nikolajewitsch ist, erhalten. In das Festprogramm zu Ehren der Anwesenheit des Czaren in Berlin ist auch ein Dejeuner in der Berliner russischen Botschaft aufgenommen.

— Der Kaiser und die Kaiserin empfangen den Vertreter Edisons, Herrn Wangemann, welcher den Majestäten den neuen Edison-Phonographen

vorführte. Der Kaiser widmete dem Apparat, der auch beim Sprachunterricht (Erlernen der Aussprache) Dienste leisten soll, großes Interesse. Herr Wangemann wird nochmals nach Potsdam berufen werden, damit die Stimme des Kaisers, der Kaiserin und der kaiserlichen Prinzen auf den Phonographen übertragen werden. Fürst Bismarck und Graf Moltke werden sich den Apparat noch im Laufe dieser Woche vorführen lassen.

— In der Passfrage an der reichsländischen Grenze ist nunmehr die Entscheidung des Kaisers erfolgt. Laut der „Straßburger Post“ hat derselbe das Gesuch um die Aufhebung bzw. die Erleichterung des Passzwanges abschlägig beschieden.

— Die Anlage eines Kriegshafens an der Elbmündung soll nach Meldungen aus Marinekreisen nunmehr als sicher gelten. Wie Kiel am Ostende des Nord-Ostsee-Kanals, so würde diese neue Befestigungsanlage das Westende des Kanals decken.

— Italien. Wie die Zeitung „Piccolo“ meldet, würde der Angeklagte Caporali dem Schwurgericht und nicht dem Zuchtpolizeigericht überwiesen werden. Der Staatsanwalt fassse das Verbrechen Caporali's als Mordversuch mit Vorbedacht und aus dem Hinterhalt auf und stüge sich dabei auf die Thatfachen, daß Caporali in der Nähe der Crispi'schen Villa umherstreifend gesehen worden, daß ein bei der Mutter Caporali's beschlagnahmter Brief des Angeklagten von einem großen Vorhaben mittels einer natürlichen Waffe spreche, und daß Caporali den Stein, womit er Crispi verwundet, dergestalt zugerichtet habe, daß derselbe eine schneidende und zerschmetternde Waffe bildete.

— In Dänemark fängt man an, einzusehen, daß die beste Politik eine solche sein würde, welche sich an den Dreibund anlehnte. Ein Buchhändler, cand. jur. Philipson hat es kürzlich gewagt, dieser Ansicht in öffentlicher Versammlung Ausdruck zu geben. Er vertheidigte den Gedanken eines Schutz- und Trugbündnisses mit Deutschland und — erntete damit lebhaften Beifall. Kenner der dortigen Verhältnisse bezeichnen diese Stimmung als den wahren Ausdruck der öffentlichen Meinung Dänemarks, und zwar des liberalen Dänemarks. Denn daß die gegenwärtige konservative Regierung gerade das entgegengesetzte Ziel verfolgt, ist bekannt. Man braucht nur an die Befestigung Kopenhagens zu erinnern und die Bedeutung dieser Maßnahme sich klar zu machen, um zu wissen, welcher Geist in den gegenwärtigen Machthabern wohnt. „Das einzig Richtige und Vernünftige für uns“, so äußerte Redner, „wenn wir an einem Kriege theilnehmen sollen, ist, uns an Deutschland und seine Verbündeten anzuschließen. Siegen die, so ist doch eine Möglichkeit für eine bessere Behandlung der dänischen Bevölkerung in Nordschleswig,